

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Regina Kittler und Harald Wolf (LINKE)

vom 19. Dezember 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Dezember 2012) und **Antwort**

Bau der Tangentialverbindung Ost (TVO) im Plan?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wann wird die für Ende 2012 angekündigte Vorlage der TVO-Planung des Senates dem Abgeordnetenhaus vorgelegt?

Antwort zu 1: Die Information an das Abgeordnetenhaus über die Grundzüge der Planung zur Tangentialen Verbindung Ost (TVO) wird voraussichtlich im Frühjahr 2013 erfolgen.

Frage 2: Welchen Zeitplan hat der Senat bzgl.

- a.) der Planung und des Baus der Tangentialverbindung Ost und
- b.) der Verankerung im Investitionsplan?

Antwort zu 2: a) Nach erfolgter Information an das Abgeordnetenhaus kann der Planungsauftrag an die Abteilung X der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Vorhabensträger) erteilt werden. Danach können die Grundlagenermittlung/Vorbereitung für ein Planfeststellungsverfahren einschließlich einer Umweltverträglichkeitsstudie und die ingenieurtechnische Vorplanung beauftragt werden (mit Ausschreibung ca. 2 Jahre), das anschließende Planfeststellungsverfahren nach § 22 Berliner Straßengesetz wird bis zur Beschlussfassung mind. weitere 2 Jahre benötigen. Nach Vorlage eines rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlusses könnte ein frühestmöglicher Baubeginn im Jahr 2017 erfolgen.

b) Die Einordnung in die Investitionsplanung muss parallel erfolgen. Gleichzeitig sind Fördermöglichkeiten zu prüfen. Kurzfristig sind entsprechende Planungsmittel zur Verfügung zu stellen.

Frage 3: Welche Ergebnisse erbrachte die im Herbst durchgeführte Verkehrszählung bezüglich der Höhe des Verkehrsaufkommens (Bitte um Auflistung nach Zeiten; Quell- und Zielgebieten)?

Antwort zu 3: Die im September 2012 durchgeführte Kennzeichenerfassung und Verkehrserhebung diente der Ermittlung des Durchgangsverkehrs und des Eigenverkehrs (Quell- und Zielverkehr) im Siedlungsgebiet Biesdorf. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass im Untersuchungsraum eine sehr hohe Eigenmotorisierung besteht (er liegt im Berliner Maßstab an der Spitze der Eigenmotorisierung) und der Pkw regelmäßig zu fast allen Aktivitäten genutzt wird. Der Anteil des Eigenverkehrs an der Gesamtbelastung auf den das Gebiet querenden Nord-Süd-Straßen liegt bei ca. 50 %. Zur Erfassung der Fahrten wurde der Verkehr an vier Stellen erhoben (auf der Köpenicker Straße südl. Apollofalterallee und in Höhe der Bezirksgrenze zu Treptow-Köpenick sowie im Bereich der beiden Wuhlebrücken in der Heesestraße und Zimmermannstraße).

Die Ergebnisse werden derzeit zusammengestellt und in der Bewertung mit dem Bezirk abgestimmt.

Frage 4a: Welche Erweiterungen im Bahnangebot entlang der Oststrasse hält der Senat für angezeigt?

Antwort zu 4a: Im Stadtentwicklungsplan (StEP) Verkehr ist im Maßnahmenkatalog bis 2025 unter Langfristvorhaben (für den Zeitraum nach 2025) der Bau eines Eisenbahngleises von Springpfuhl bis Grünauer Kreuz unter dem Titel „Nahverkehrstangente“ aufgelistet. Bisher ist noch keine Entscheidung über eine Realisierung getroffen. Für eine Realisierung ist noch zu klären, ob das Gleis für Gleichstrom- oder für Wechselstrombetrieb ausgerüstet wird. Auch eine Bedienung mit Zweisystemfahrzeugen kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden. Bei Wechselstrombetrieb wird planerisch von einem Angebot im 30-Minuten-Takt ausgegangen; wird ein Gleichstrom- oder Zweisystembetrieb unterstellt, wird ein Angebot im 20-Minuten-Takt zugrunde gelegt.

Ob das geplante Angebot zusätzlich zum Personenverkehr auf dem Berliner Außenring bestellt wird oder diesen ersetzt wird, ist noch offen.

Frage 4b: Welche Planungen der Deutschen Bahn für solche Angebotserweiterungen sind dem Senat bekannt?

Antwort zu 4b: Keine.

Frage 5: Wie geht der Senat mit dem Vorschlag der Bürgermeister der drei beteiligten Bezirke um, in dem eine bezirksübergreifende Kompromisslösung vorgelegt wurde?

Antwort zu 5: Diese von den Bezirksbürgermeistern vorgelegte Variante einer Ost-West-Ost-Trassenführung war Bestandteil der Untersuchungen der Senatsverwaltung und wurde in einer Zusatzuntersuchung nochmals geprüft und bewertet. Ziel war es, eine im Benehmen mit den Bezirken tragfähige und den Anforderungen einer Planfeststellung gerechte Planung zu erhalten. Das Untersuchungsergebnis wurde dem direkt betroffenen Bezirk Marzahn-Hellersdorf mehrfach vorgestellt, die Argumente wurden ausgetauscht. Bezüglich der Linienführung ist eine Annäherung in Aussicht.

Frage 6a: Wie wurden und werden die Bezirksämter der betroffenen Bezirke in die Planung einbezogen?

Antwort zu 6a: In die Erarbeitung der Basisuntersuchung waren alle drei betroffenen Bezirke direkt eingebunden. Die Zusatzuntersuchungen, insbesondere die aus dem Jahr 2012, wurden in Abstimmung mit dem direkt betroffenen Bezirk Marzahn- Hellersdorf beauftragt und durchgeführt.

Frage 6b: Wie wurden und werden die Vertreterinnen und Vertreter der AnwohnerInnen in die Planung einbezogen?

Antwort zu 6b: Eine formelle Bürgerbeteiligung ist für diese Planungsphase (Machbarkeitsstudie) nicht vorgesehen und auch gesetzlich nicht erforderlich. Gleichwohl wurde die Öffentlichkeit bei verschiedenen Gelegenheiten informiert und es wurden Erörterungen durchgeführt. Unter Beteiligung der Senatsverwaltung wurde eine Bürgerversammlung durchgeführt, auf der auch eine Zusammenfassung der Ergebnisse verteilt wurde. Zusätzlich gab es verschiedene Abstimmungen mit einzelnen Verbänden und Interessengemeinschaften (z.B. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland [BUND]; Verband Deutscher Grundstücksnutzer [VDGN]; Industrie- und Handelskammer Berlin [IHK]) und mehrere, von der IHK organisierte, Informationsveranstaltungen, zu denen die jeweiligen Arbeitsstände unter Mitwirkung der Senatsverwaltung präsentiert und diskutiert wurden.

Nach Abstimmung mit den zuständigen Bezirken wurden/werden die Untersuchungsergebnisse im Internet veröffentlicht. Die Erstellung eines Flyers als Bürgerinformation zum Sachstand der TVO ist für 2013 vorgesehen.

Veranstaltungen auf bezirkspolitischer Ebene fanden ohne Einbeziehung der Senatsverwaltung statt.

Berlin, den 23. Januar 2013

In Vertretung

Christian Gaebler

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Jan. 2013)